Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Breckerfeld, Badlerbrück, Schalksmühle, Brügge, Oberbrügge, Lüdenscheid, Bollwerk, Volme, Kierspe-Bahnhof, Kierspe, Rönsahl Meinerzhagen, Valbert, Mühlhole, Kupferberg, Kreuzberg, Radevormwald usw.

Redaktion, Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westfalen. □ Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 228 | Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich am Postschalter abgeholt Mark 2.70, durch die Boten Mark 2.95, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht Mark 3.12 | Halver, Samstag, den 28 September | Anzeigen: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg. — Jede Rabattbewilligung wird hinfällig bei zwangsweiser Beitreibung der Gebühren. | 1918

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

26. September. Der Feind setzt seine Angriffe zwischen dem Omignon-Bach und der Somme fort, ohne Erfolge zu erzielen. — Aus feindlichen Geschwadern, die Frankfurt a. M. und Kaiserslautern angreifen, werden 7 Flugzeuge abgeschossen.

Geldentwertung.

Da Geld dasjenige Ding ist, an dem der Wert aller anderen gemessen wird, so heißt Geldentwertung nichts anderes, als daß „alles teurer" geworden ist. Diese Senkung des Geldwertes erfolgt jedoch nicht gleichmäßig und bringt große Schäden mit sich; daher sucht man natürlich jetzt, wie in allen ähnlichen Zeiten nach Mitteln, ihr selbst und ihren Folgen entgegenzuwirken. Leicht ist das nun gerade nicht. Denn die Ursachen für diese Erscheinung sind außerordentlich verschiedenartig und manchen von ihnen läßt sich kaum entgegenwirken: das gilt zum Beispiel, wenigstens teilweise, von dem Begehr nach deutschem Gelde, der aus den besetzten Landesteilen stammt und der eine der am klarsten sichtbaren Ursachen ist für die starke Vermehrung der Menge deutscher Geldzeichen, von der sich die Geldentwertung herschreibt — von Noten aller Art laufen jetzt rund 19¼ Milliarden Mark um gegenüber 2¼ Milliarden Mark kurz vor dem Kriege. Diese Nachfrage stammt zum Teil natürlich auch von dem Besatzungsheere und wird erst mit dem Kriege verschwinden, und dies gilt auch von einer Reihe von Ursachen der Teuerung. Diese entsteht zwar zum Teil durch die Entwertung des Geldes, befördert sie aber ihrerseits aufs neue: denn sie macht wiederum größere Mengen von Geld für den Verkehr notwendig, als bei niedrigen Preisen vorhanden zu sein brauchten, ein verhängnisvolles Wechselspiel, dem aber, wie gesagt, zum Teil erst das Ende des Krieges Einhalt gebieten wird.

Andererseits ist man auch nicht völlig machtlos, wie gerade die eben erwähnte Tatsache, die Teuerung zeigt. Bei ihr sprechen, und wahrlich nicht zum geringsten Maße, Schleichhandel und ähnliches mit, Erscheinungen, denen, allgemeinwirtschaftlich gesprochen, mit dem Strafrichter nur schwer beizukommen ist. Daß aber durch entsprechende andere Maßnahmen der größte Teil des Schleichhandels zu beseitigen wäre, wenn die Verwaltung nämlich an der richtigen Stelle durchgriffe, darüber ist sich auch jeder Beobachter klar; ebenso steht es mit der andauernden abwechselnden Steigerung aller Höchstpreise, die den Druck immer wieder neuer Massen von Geldzeichen zur Abwicklung des Verkehrs notwendig macht. Man kann aber auch — und das ist wohl für den Augenblick das aussichtsreichste Mittel gegen weiteres Sinken des Geldwertes — versuchen, den rasenden Lauf der Notenpresse einmal etwas zu hemmen, das heißt, die Menge von Geldzeichen direkt zu vermindern. Wie in den ersten Jahren des Krieges es vaterländische Pflicht war, sein Gold zur Reichsbank zu bringen, um die deutsche Währung stützen zu helfen, so ist es jetzt eine Notwendigkeit, mit dem Barverkehr überhaupt so weit als nur irgend möglich aufzuräumen. Das bedeutet nun aber nicht etwa, daß wieder der (in großen Kreisen im Frieden nur zu beliebte) . . . . Pumpverkehr an dessen Stelle treten soll! Das hieße den Teufel mit Beelzebub austreiben. Was für den Barverkehr eintreten kann, was auch vom Standpunkte des einzelnen dem Barverkehr weitaus überlegen ist, das ist die bargeldlose Zahlung, der Überweisungs- und Scheckverkehr.

Wenn jeder alle irgendwie größeren Zahlungen, die er zu leisten hat, von der Miete und den Steuern angefangen, nicht mit Scheinen auf den Tisch des Hauses bezahlt, sondern aus seinem Guthaben bei einer Bank oder Sparkasse, am einfachsten wohl beim Postscheckamte überweist, an das er anderseits alle seine Zahlungen gehen läßt, dann werden sofort viele Millionen Noten weniger gebraucht als jetzt. Eine einfache Rechenaufgabe mag einmal zeigen, um was für Beträge es sich dabei handelt: allein in den preußischen Städten wurden von Personen mit mehr als 3000 Mark Einkommen im Jahre 1916 mehr als 185 Millionen Mark Staatseinkommensteuer bezahlt. Da man annimmt, daß damals die städtische Einkommensteuer in Preußen mit durchschnittlich 200 % (oder mehr) zu veranschlagen war, so handelt es sich um weit mehr als eine halbe Milliarde Mark, von der sicher die gute Hälfte tage- und wochenlang von den Steuerpflichtigen in Noten spazierengetragen wurde, ehe sie bei der Steuerkasse landete, von der sie zur Reichsbank zurückgeleitet wird. Bei den Mieten handelt es sich um noch weit größere Summen. Die größten Mengen an Noten aber könnten gespart werden, wenn es gelänge, die Gehaltsempfänger, deren Einkommen ein bestimmtes Maß übersteigt, das sogar ziemlich bescheiden sein könnte, zu veranlassen, ihr Gehalt auf Postscheckkonto oder Bankkonto in Empfang zu nehmen.

Es ist in Deutschland nach dieser Richtung hin noch ziemlich viel zu tun. Der Postscheckverkehr hat überhaupt erst während des Krieges einen etwas größeren Aufschwung genommen. Daß er noch sehr ausbaufähig ist, zeigt Österreich, wo schon im Frieden selbst den kleinsten Rechnungen der Handwerker oder Kaufleute meist ein Postscheckformular beilag.

Hier, in der scharfen Zurückdrängung des Bargeldverkehrs, in der Verallgemeinerung des Bank-Sparkassengiro- oder Postscheckkontos liegt eine der bedeutsamsten Möglichkeiten, der weitern Geldentwertung entgegen zu wirken. Und da deren Schäden jedem täglich am eigenen Geldbeutel klar werden, so ist wohl zu hoffen, daß dieser **Weg jetzt rasch allgemeiner beschritten wird als bisher.**

Der Reichskanzler über Zensur und Versammlungsrecht.

Weitere Verhandlungen des Hauptausschusses.

tt. **Berlin, 26. September**

Sofort nach Eröffnung der heutigen Sitzung des Reichstags-Hauptausschusses nahm der Reichskanzler Graf Hertling das Wort zu folgenden Erklärungen:

Die Beschwerden, die gestern von allen Rednern gegen die Handhabung der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechtes geltend gemacht sind, müssen von mir zu einem erheblichen Umfange als begründet anerkannt werden. Wenn allgemein in gewissen Korpsbezirken Verbote ergangen sind, daß in Versammlungen nicht über die Wahlrechtsvorlage gesprochen werden darf — und zwar weder von Freunden, noch von Gegnern der Vorlage —, so ist das ein nicht haltbarer Zustand, der übrigens inzwischen schon durch einen Erlaß des Ober-Militärbefehlshabers beseitigt ist. Nach der Lage der Gesetzgebung und der zu ihrer Ausführung ergangenen Verordnungen sind der Reichskanzler und die obersten Zivilbehörden der Bundesstaaten zurzeit nur in der Lage, durch Vorstellungen und Darlegungen ihrer Auffassung eine Einwirkung auf die

zur Entscheidung allein befugten militärischen Stellen

auszuüben, ist vom Abg. Fischbeck anerkannt worden, daß in einer Reihe von Korpsbezirken berechtigte Klagen über unzulässige Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes nicht erhoben werden können, während es andere Korpsbezirke gibt, in denen fortgesetzt bei jedem Zusammentritt des Hauptausschusses Klagen vorgetragen werden, deren Begründung zum Teil auch von mir anerkannt werden muß. An den materiellen Befugnissen, die das Belagerungszustandsgesetz der vollziehenden Gewalt überträgt, kann nach meiner Überzeugung in Deutschland ebensowenig gerüttelt werden, wie dies in den anderen kriegführenden Staaten, ja sogar in den neutralen Ländern auf Grund älterer oder der für den Kriegsfall besonders erlassenen Gesetze geschieht. Der Krieg bringt es mit sich, daß den Behörden außerordentliche Vollmachten zur

Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung

übertragen werden müssen. Dagegen habe ich mich unter dem Eindruck einiger besonders empfindlicher Vorkommnisse der letzten Zeit davon überzeugt, daß bei der langen Dauer des Krieges in der Handhabung dieser außerordentlichen Vollmachten auf dem Gebiete der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechtes wesentliche Änderungen eintreten müssen. Wir sind in die Erwägung der verschiedenen Wege eingetreten, die zu diesem Ziele führen können. **An sich erscheinen wohl als die nächstliegenden folgende:**

„Ein Eingriff der Kommandogewalt, durch die die Zuständigkeit der Militärbefehlshaber entsprechend eingeschränkt wird, oder eine Änderung der bestehenden Gesetzgebung in der Richtung, daß die den militärischen Instanzen seither allein angewiesenen Aufgaben je nach deren Charakter zwischen diesen und den in Friedenszeiten berufenen bürgerlichen Behörden gestellt werden, oder endlich die Einfügung ausreichender bürgerlicher Elemente in die letztlich zur Entscheidung berufenen militärischen Stellen."

Ich bin selbstverständlich nicht in der Lage, heute anzugeben, welcher der hier angedeuteten einzuschlagenden Wege am sichersten zum Ziele führt. Seien Sie aber versichert, daß bis zu Ihrem nächsten Zusammentritt im November eine

allen berechtigten Klagen entsprechende Änderung

in die Wege geleitet sein wird, und daß uns und dem Volke Erörterungen, wie sie bisher unsere Zeit und Kraft so vielfach in Anspruch genommen haben, künftig erspart bleiben werden. Sie sehen, daß ich durchaus nicht willens bin, mich berechtigten Beschwerden zu verschließen. Im Gegenteil, ich werde mit aller Entschiedenheit dahin wirken, daß diese berechtigten Beschwerden aus dem Wege geräumt werden. Nun aber, meine Herren, bitte ich auch Sie nunmehr,

alles Trennende zurückzustellen

und das Einigende voranzustellen. Wie ich schon vorgestern gesagt habe: Wir haben doch alle nur das eine Ziel und das eine Interesse: den Schutz des Vaterlandes, seine Unabhängigkeit und seine Entwicklungsfähigkeit. Dieses Ziel können wir nur dann erreichen, wenn wir auch im Innern fest und einheitlich zusammenstehen; dann aber werden wir es erreichen. (Beifall.)

*

Fortsetzung der Aussprache.

Abg. Graf Westarp (kons.): Verstimmung und Kleinmut gehen über das berechtigte Maß weit hinaus. In landwirtschaftlichen Kreisen beruht die Verstimmung auf der Zwangswirtschaft, die nach dem Diktat der Gewerkschaften geführt wird. Für die Durchsuchungen fehlt jeder Rechtsschutz, und man soll die Erregung der landwirtschaftlichen Kreise nicht unterschätzen. Die jetzige Tagung des Hauptausschusses ist nicht geeignet, eine Besserung in der politischen Lage herbeizuführen. Ich habe erst durch die Presse von der Absicht erfahren, den Hauptausschuß einzuberufen, sonst hätte ich Widerspruch erhoben. Die Presse war es, die den Eindruck einer Regierungskrise erweckt hat. Das mußte nach außen schädlich wirken. Es handelt sich jetzt um das Bestreben einer Fortsetzung der Demokratisierung und der Parlamentarisierung. Unsere Feinde begrüßen das aus naheliegenden Gründen, weil unsere Kampfkraft dadurch geschwächt wird. Ist die jetzige Stunde dazu aber geeignet? Nach unserer Meinung wirkt

das Drängen nach Demokratisierung kriegsverlängernd.

Wie kommt die Sozialdemokratie dazu, für ihren Eintritt in die Regierung Bedingungen zu stellen? Wer hat sie denn dazu aufgefordert? Darüber müssen wir Auskunft erhalten. In anderen Ländern verfährt die Sozialdemokratie anders. Dort stellt sie ihre Parteiforderungen zurück. Bei uns aber blüht der Weizen unserer Sozialdemokratie, wenn es dem Vaterlande schlecht geht.

Der Kern der ganzen Bestrebungen ist, daß die Regierungsgewalt an einen parlamentarischen Vollzugsausschuß übergehen soll. Dem soll zunächst die Aufhebung des Art. 9 der Reichsverfassung dienen. Würde der Artikel aufgehoben werden, so würden die Verbündeten Regierungen die Regierungsgewalt zugunsten einer Parlamentsherrschaft verlieren. In gleicher Richtung liegt der Kampf gegen die sog. Nebenregierung, d. h. die Oberste Heeresleitung. Verfassungsgemäß hat der Reichskanzler die Regierung zu führen. Der Erlaß des Kriegsministers richtet sich nicht gegen die Friedensentschließung des Reichstages, sondern gegen die pazifistische Propaganda, und deshalb ist die Empfindlichkeit unverständlich. Wir lehnen grundsätzlich die Parlamentarisierung ab. Redner bespricht die verschiedenen Friedensangebote und Reden der letzten Zeit. Wir halten hinsichtlich

Belgiens und einer Kriegsentschädigung

an unserer bisherigen Stellungnahme fest. Nach unserer Meinung handelt es sich da um Staatsnotwendigkeiten. Belgien darf nicht ein Vasall unserer Feinde werden. Es ist sehr bedenklich, jetzt die Entschädigungsfrage für Belgien aufzuwerfen. Die Ausführungen des Vizekanzlers über den Ostfrieden waren in formaler und materieller Beziehung durchschlagend. Ein Schritt auf der schiefen Ebene ist auch die Forderung einer Autonomie für Elsaß-Lothringen. Auch das wäre ein Entgegenkommen gegen die Wünsche des Auslandes. Graf v. Westarp hält nichts von der Idee eines Völkerbundes. Wir müssen kaltblütig und entschlossen zusammenstehen,

auf die Einigkeit kommt jetzt alles an.

Jetzt geht es nicht um einzelne Kriegsziele, sondern um den Schutz von Heimat und Heer. Darin aber sind wir alle einig. Hinzutreten muß die volle Zuversicht, die sowohl in den Tatsachen wie in den Mitteilungen, die wir erhalten haben, begründet ist. Wir können den Verteidigungskrieg erfolgreich weiterführen. Das Vertrauen zum Heer und zu seinen Führern ist unerschütterlich.

Abg. Freiherr v. Gamp (D. Fr.): Auch wir bedauern die Einberufung des Ausschusses, die wir nicht für nützlich halten. Der Vorredner irrt: nicht die Gewerkschaften sind schuld an den die Landwirtschaft bedrückenden Verfügungen, sondern die Bürokratie. Ein Weltkrieg ist nicht die Zeit, um die Rechte des Parlaments zu erweitern. Es liegt im deutschen Interesse, daß die Randstaaten nicht in schwache Hände geraten. Die Autonomie Elsaß-Lothringens würde die Schwierigkeiten noch vermehren. Bei Schaffung eines Völkerbundes würde es schwer sein, unparteiische Sachverständige für Streitfälle zu finden. Die engste Verbindung der politischen und militärischen Leitung ist eine dringende Notwendigkeit. Hinsichtlich der Wahlrechtsfrage haben die Gegensätze eine Milderung erfahren. Die deutsche Kraft wird uns auch über die gegenwärtige Lage hinweghelfen.

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete des Ostens v. Falkenhausen nahm nun das Wort und verteidigte die in den östlichen Gebieten betriebene Politik. Er bestritt, daß es litauischen Staatsangehörigen verboten worden sei, mit Reichstagsabgeordneten sich in Verbindung zu setzen.

Abg. Ledebour (U. Soz.) forderte den sofortigen Zusammentritt des Reichstages. Nun verragte sich der Hauptausschuß auf den späten Nachmittag, wo eine vertrauliche Sitzung stattfindet. Die Einladungen hierzu sind vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ausgegangen. Ferner hat auch das Reichsmarineamt zwei Mitglieder des Hauptausschusses zu einer Besprechung gebeten.

*

Der Erlaß des preußischen Kriegsministers.

In dem von verschiedenen Rednern im Hauptausschuß des Reichstages so heftig bekämpften Erlaß des preußischen Kriegsministers an die Minister des Innern der Einzelstaaten den der Abg. Groeber vorlas, heißt es u. a.:

Die Zentralstelle für Völkerrecht und die deutsche Friedensgesellschaft entwickeln wieder eine große Propagandatätigkeit. Von beiden Stellen sind Aufforderungen an die Ausschußmitglieder, Ortsgruppen und Vertrauenspersonen ergangen, in möglichst vielen Versammlungen für einen Verständigungsfrieden im Sinne der Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 einzutreten. Die Tagesordnung soll einheitlich lauten: „Welchen Frieden braucht unser Volk?" Ebenso ist für die in den Versammlungen einzubringende Entschließung ein gleichlautender Text herausgegeben worden. Zur Gewinnung von Rednern bietet die Deutsche Friedensgesellschaft unter Herausgabe einer Rednerliste mit Themenangaben die Vermittlung ihres Sekretariats an. Die vorgeschilderte Bewegung ist ein neuerlicher Ausfluß der unerwünschten Propaganda für den internationalen Pazifismus. Unter Hinweis auf meinen Erlaß vom 7. November 1915 ersuche ich, die Abhaltung der in Aussicht stehenden Versammlungen und Reden zu verhindern.

gez. v. Stein.

Wie bekanntgeworden ist, hat der bayerische Minister des Innern diesem Ersuchen nicht stattgegeben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **In den letzten Tagen weilte der Kaiser in Kiel.** In einer Ansprache an sämtliche Truppenteile der Garnison erinnerte der Monarch an Coronel und Skagerrak, sowie an die tapferen Vorstöße unserer Torpedoboote gegen die feindlichen Küsten, die bewiesen hätten, welcher Geist in der Flotte herrsche. Die Ruhmestaten der Flotte seien denen unserer Armeen gleichwertig. Der Kaiser überbrachte sodann die Grüße der an der Westfront kämpfenden Kameraden und forderte zum Schluß auf, dafür zu sorgen, den U-Boot-Krieg in voller Wirksamkeit zu erhalten, damit den Truppen an Land auch weiterhin geholfen werde, den schweren Kampf mit Erfolg durchzuführen. Im Anschluß an den Kieler Besuch besichtigte der Kaiser die U-Boot-Schule in Eckernförde.

✚ **In einer Entschließung des allgemeinen deutschen Genossenschaftsverbandes** heißt es: „Der Verband ruft die ihm angeschlossenen Genossenschaften auf, ihre in acht Kriegsanleihen bewährte finanzielle Macht auch für die 9. Kriegsanleihe in den Dienst des Vaterlandes zu stellen. Dem durch vorübergehende Erfolge übermütig gewordenen Feinde muß wiederum gezeigt werden, daß das deutsche Volk in ungeschwächter wirtschaftlicher Kraft den unbezwingbaren Willen hat, dem Vaterlande zu geben, was es braucht, um den ihm aufgezwungenen Kampf zum siegreichen Ende zu führen. Die deutschen Heere beschirmen im stahlharten Kampf Haus und Herd, Weib und Kind und haben Anspruch darauf, in der Heimat einen gleich starken wirtschaftlichen Schutz hinter sich zu wissen. Die Schulze-Delitzschen Genossenschaften werden wiederum ihre Schuldigkeit tun."

Holland.

× **Zu dem Verbot der Ausfuhr von Lebensmitteln,**

das die Regierung erlassen hat, schreibt das „Vaterland“: „Dieser Bericht muß sowohl eingeschränkt wie ergänzt werden, eingeschränkt insofern, als die Ausfuhr, zu der unser Land vertraglich verpflichtet ist, weitergeht, ergänzt als alle übrige Ausfuhr, nicht nur die, die mit der Volksernährung in Zusammenhang steht, vorläufig verboten ist.“ Die Nachricht, daß die Einfuhr von Roheisen aus Deutschland seit Mittwoch verboten ist, ist nur teilweise richtig.

Rußland.

× **Die Beziehungen zwischen Rußland und den Verbandsstaaten** gestalten sich immer schwieriger. Die Sowjetregierung hat beschlossen, alle englischen und französischen Konsulatsbeamten zu internieren. Da sich einige von ihnen, die auch an der Verschwörung beteiligt waren, in dem unter norwegischer Flagge stehenden amerikanischen Konsulatsgebäude verborgen haben, hat die Sowjetregierung, um die norwegische Flagge nicht zu verletzen, das Gebäude mit einer Postenkette umgeben, bis sich die Verborgenen freiwillig melden. Sie sollen interniert werden.

Türkei.

× **In der Antwort der türkischen Regierung auf Graf Burians Friedensnote heißt es u. a.: „Die türkische** Regierung spricht den Wunsch aus, daß dieser neuerlich von der österreichisch-ungarischen Regierung unternommene, von hohem Menschlichkeitsgefühl und aufrichtigem Versöhnungsgeist eingegebene Schritt zur Vorbereitung des Bodens für einen gerechten und dauerhaften, die ganze Welt umfassenden Frieden bei unseren Gegnern die besten friedlichen Dispositionen finde. Der Unterzeichnete hat die Ehre, im Namen der kaiserlichen Regierung zu erklären, daß die Hohe Pforte bereit ist, an dem vorgeschlagenen Gedankenaustausch teilzunehmen.“

Frankreich.

× Die heimgekehrten Teilnehmer an der **Londoner Sozialistenkonferenz** sind sehr entrüstet, daß Clemenceaus Zensur alle ihre Berichte unterdrückt hat. „Populaire“ schreibt: „Der Eindruck, den man nach Schluß der Beratungen hat, ist der, daß künftig jede ähnliche Konferenz unmöglich geworden ist. Eine Konferenz mit nichtsozialistischen Elementen und besonders mit den antisozialistischen amerikanischen Arbeiterdelegierten, die durch ihre Zahl die echten Sozialisten unterdrücken und Aussprache und Entscheidungen fälschen, kann in Zukunft nicht mehr stattfinden. Unsere englischen Kameraden erklären, es sei nötig, die sozialistischen Vorkämpfer vor derart zusammengesetzten Konferenzen zu warnen.“

Aus In- und Ausland.

Berlin, 26. Sept. Der Vertreter der polnischen Regierung, Graf Ponikier ist aus Warschau hier wieder eingetroffen.

Frankfurt a. M., 26. Sept. Nach der Frankf. Ztg. besteht in politischen Kreisen die Anschauung, daß die Mehrheit für eine Regierungsreform im Wachsen begriffen ist.

London, 26. Sept. Der amerikanische Arbeiterführer Gompers hatte mit der amerikanischen Arbeitermission eine einstündige Audienz beim englischen Königspaar.

Genf, 26. Sept. Der Kongreß der unterdrückten Nationen soll am 15. Oktober in Paris stattfinden. Teilnehmen werden Tschecho-Slowaken, Südslaven, Rumänen und Polen.

Krieg.

Großes Hauptquartier, 27. September

Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Champagne zwischen den Höhen westlich der Suippes und der Aisne, sowie nordwestlich von Verdun, zwischen den Argonnen und der Maas haben Franzosen und Amerikaner gestern mit starken Angriffen begonnen.

Der Artilleriekampf dehnte sich über die Höhen westlich der Suippes nach Westen bis Reims, über die Maas nach Osten bis zur Mosel aus. Dort erfolgten nur Teilangriffe. Sie wurden in heftigen Kämpfen abgewiesen. Bei ihrer Abwehr östlich der Maas zeichneten sich österreich-ungarische Truppen aus.

An der Hauptangriffsfront leitete gewaltiges Artilleriefeuer die Infanterie-Schlacht ein. Westlich der Aisne brach der Franzose, östlich von den Argonnen der Amerikaner unter Einsatz zahlreicher Panzerwagen gegen unsere Stellungen vor. Befehlsgemäß wichen unsere Vorposten kämpfend auf die ihnen zugewiesenen Verteidigungslinien aus. Bei Tahure und Ripont gelang es dem Gegner in seinen bis zum Abend fortgesetzten Angriffen über unsere vorderen Kampflinien hinaus bis auf die Höhen nordöstlich von Tahure und bis Fontaine-en-Dormoi vorzudringen. Hier riegelten Reserven den örtlichen Einfluß des Feindes ab. Mit besonderer Stärke führte er hier seine Angriffe gegen unsere Stellungen zwischen Auberive und südöstlich von Somme-Py. Sie brachen vor unseren Kampflinien unter schwersten Verlusten für den Feind zusammen. Auch nördlich von Cerney scheiterten die bis zum Abend mehrfach wiederholten feindlichen Angriffe. In den Argonnen schlugen wir Teilangriffe des Gegners ab.

Zwischen den Argonnen und der Maas stieß der Feind über unsere vorderen Kampflinien hinaus bis Mont Faucon, Mont Blainville und in den Maasbogen nordöstlich von Mont Faucon vor. Hier brachten ihn unsere Reserven zum Stehen. Der Feind konnte somit an einzelnen Stellen unsere Infanterie und vordere Artillerie Linien erreichen. Der mit weitgestecktem Ziele unternommene große französisch-amerikanische Durchbruchsversuch ist am 1. Schlachttag an der Zähigkeit unserer Truppen gescheitert. Neue Kämpfe stehen bevor.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Nicht sorgen und quälen,
Nicht die Feinde zählen –
Tu entschlossen still,
Was die Stunde will!

Zeichne die Neunte!

Die deutsche Westfront unerschüttert.

Der militärische Mitarbeiter des Berner „Bund“ stellt fest, daß die Offensive der Alliierten im Westen zu keinem entscheidenden Ergebnis gelangt ist. Die Deutschen hätten außer dem unwichtigen Vorsprung von St. Mihiel noch keinen bedeutenden Punkt der alten Wehrstellung aufgegeben, vielmehr zwischen Vill und Berry au Bac und in den Champagne-Hügeln noch erobertes Vorgelände im Besitz. Der Militärkritiker schreibt im übrigen zu den Plänen Fochs: Je höher man den französischen Feldherrn einschätzt, der eine Fülle von Kampfmitteln aufwendet, um, wenn möglich, noch vor November zu entscheidenden Ergebnissen zu gelangen, desto eher wird man zu der Einsicht kommen, daß er auch in Flandern, in der Champagne und an der Lothringer Front zu Operationen großen Stiles schreitet. Er kann seine siegreich auftretende Gegenoffensive, die den größten strategischen Aufwand, den die Deutschen an der Westfront je unternommen haben, in sich vereinigt, nicht totlaufen lassen oder stillegen, ohne das äußerste angewendet zu haben, um die deutsche Wehrstellung zu durchbrechen. Heute ist die deutsche Wehrstellung auf der ganzen Front von Flandern bis in den Sundgau unerschüttert.

*

Im englischen Sperrgebiet und im Atlantik.

Wieder 26 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 26. September.

Amtlich wird gemeldet: Im Sperrgebiet um England und im Atlantik versenkten unsere U-Boote 26 000 Br.-Reg.-To.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Allen amerikanischen Beruhigungsmeldungen zum Trotz macht sich die gesteigerte Tätigkeit deutscher U-Boote an der amerikanischen Küste doch recht deutlich bemerkbar. Die Versicherungsprämien sind gewaltig in die Höhe gegangen; welchen Einfluß dies auf die Kosten der Versorgung der europäischen Ententeländer hat, ist ohne weiteres klar. Wie groß die Steigerung der Versicherungsraten ist, geht aus einer Meldung des „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ vom 12. 9. hervor, nach der infolge der U-Boot-Gefahr an der amerikanischen Küste und der dadurch bedingten Steigerung der Versicherungsprämien der Koninklijke west-indischen Maildienst seine Frachtraten um 100 % erhöht hat. Diese Schiffahrtlinie unterhielt im Frieden einen regelmäßigen Dienst von Amsterdam über Surinam und die Antillen nach Newyork; zurzeit ist nur die Strecke Paramaribo-Newyork in Betrieb.

*

England und die deutschen Kolonien.

Reuter meldet: Die Erhebungen, die an maßgebenden Stellen vorgenommen wurden, zeigen, daß diejenigen, die am ehesten in der Lage sind, sich eine Meinung zu bilden, nicht im geringsten daran zweifeln, daß Deutschland, wenn es seine Kolonien zurückbekäme, sie als Unterseebootstationen verwenden würde, die eine Bedrohung für den Handel aller Nationen darstellen würden. Die Eroberung einiger Kolonien, z. B. Ostafrika und Südwestafrika, war eine außerordentlich schwierige Aufgabe. Wenn Deutschland sie zurückbekäme, könnte es sie zu Lande und zur See so befestigen, daß sie nahezu uneinnehmbar wären. Man muß in diesem Zusammenhange an die außerordentliche Vergrößerung der U-Boote denken. Unterseeboote vom veränderten Deutschlandtyp haben einen Aktionsradius von ungefähr 30 000 Kilometern und der neueste Kreuzertyp sogar von 50 000 Kilometern. Ein Aktionsradius von 15 000 Kilometern aber würde genügen, um ernstlich auf alle Handelswege der Welt störend einzuwirken.

Die U-Boot-Furcht soll auch hier die englische Hetze und vor allem Englands Raubgier unterstützen.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 26. Sept. Generaloberst v. Heeringen wurde unter Belassung à la suite des Füsilierregiments Nr. 80 zum Chef des Kolbergschen Grenadierregiments Graf Gneisenau (2. Pommersches) Nr. 9 ernannt.

Amsterdam, 26. Sept. In Bresken ist ein englisches Flugzeug gelandet. Die beiden Insassen wurden interniert.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 28 September.

1803 Maler Ludwig Richter geb. — 1840 Dichter Rudolf Baumbach geb. — 1870 Die Festung Straßburg kapituliert. — 1883 Enthüllung des Nationaldenkmals auf dem Niederwald. — 1895 Chemiker Louis Pasteur gest. — 1914 Beginn der Beschießung von Antwerpen. — 1915 Erfolgreicher Stoß der Deutschen auf Loos.

□ **Neunte Kriegsanleihe und Einlösung von Anleihezinsscheinen bei der Post.** Zeichnungen auf die neunte Kriegsanleihe nehmen vom 23. September bis 23. Oktober auch alle Postanstalten entgegen. Die Zeichnungsbedingungen mit dem Zeichnungsschein, in den nur der gewünschte Betrag und die Unterschrift einzurücken sind, werden an jedem Postschalter verabfolgt. Um die Einlösung der Kriegsanleihezinsscheine zu erleichtern, nehmen alle Postanstalten, die Landbriefträger und die Posthilfsstelleninhaber solche Zinsscheine einschließlich der Zinsscheine zu den während des Krieges ausgegebenen Reichsschatzanweisungen vom 21. des dem Fälligkeitstage vorhergehenden Monats ab in Zahlung oder tauschen sie gegen bar um. **Die am 1. Oktober fälligen Zinsscheine werden also schon jetzt eingelöst.**

○ Für die 9. Kriegsanleihe zeichneten: 8 Millionen: Städtische Sparkasse in Neukölln, Bergmann Elektrizitätswerke A.-G. in Berlin; 5 Millionen: Stadtverwaltung Cassel; 3 Millionen: Kommerzienrat Mandelbaum, Berlin; 1½ Millionen: Maschinenbau-Anstalt und Eisengießerei vorm. Th. Flöther A.-G. in Gassen; 1 Million: Seidenweberei Michels u. Co. in Berlin, Chemische Fabrik vorm. Goldenberg, Geromont u. Co. in Wiesbaden, Hilfskasse für Post- und Telegraphenbeamte in Berlin, Dürkopp-Werke A.-G. in Bielefeld, J. Goldfarb in Preußisch-Stargard.

○ **Im Telegrammverkehr nach Österreich und Luxemburg** gelten vom 1. Oktober an dieselben Wortgebühren wie im innerdeutschen Verkehr, d. s. 8 Pfennig für das Wort mit einer Mindestgebühr von 65 Pfennig. Im Telegrammverkehr nach Ungarn und Bosnien-Herzegowina beträgt die Wortgebühr vom gleichen Zeitpunkt ab 10 Pfennig mit einer Mindestgebühr von 85 Pfennig. Im Verkehr mit Ungarn wird infolge besonderer Verhältnisse in diesem Lande das Meistgewicht der Briefe vorübergehend auf 250 Gramm beschränkt.

Die Grafen von Freydeck.

Roman von A. Ostland

58 (Nachdruck verboten.)

Hilda Wentheim schritt ganz langsam vorwärts; die Ruhe tat ihr unendlich wohl.

Seit jenem schrecklichen Abend, wo ihr Großvater gestorben war, hatte sie fast keine Minute des ruhigen Sichbesinnens mehr gehabt.

Die Ereignisse waren auf sie eingestürmt, immer neue Gedanken und Befürchtungen zogen durch ihre Seele. Bis heute nacht hatte auch das Fieber, welches die Aufregungen hervorgerufen, sie geschüttelt.

Aber seit das alte Gebet ihr wieder in den Sinn gekommen, war sie ruhiger geworden und tapferer. Und nun war all der Lärm verhallt.

Man würde sie kaum vermissen, denn es war bestimmt worden, daß sie nach dem Schlosse zurückkehren sollte, während Baronin Berghaus und Hugo von Freydeck noch nach Günthers Haus fahren wollten, um auch dort der Trauerfeier beizuwohnen.

Sie selbst, Hilda, sollte vollkommen von Georg ferngehalten werden und auch bei dieser Gelegenheit nicht erscheinen.

Es war besser so. Da würden sich doch immer wieder die neugierigen Menschen zwischen sie und ihn schieben; zu einem klärenden Worte konnte es nicht kommen.

So war es wohl nur eine Qual für beide.

Und dann — es wußten doch schon viele um die schweren Anklagen, welche der alte Stegmann ihnen entgegenschleuderte.

Und bisher konnten weder sie noch Georg beweisen, daß alle diese Beschuldigungen unwahr waren.

Nun kroch doch wieder ein leiser Schauder an das Mädchen heran, etwas Lähmendes, Schwächendes. Wenn sie keine Widerlegungen der Anklagen Daniel Stegmanns fanden?

Wenn sie wirklich die Schmach, die Schande ertragen müßten? Was dann? Um Gottes willen! Was dann?

Hilda Wentheim stand still und preßte die Hand auf ihr Herz, das laut und schmerzhaft schlug.

Ihre Augen hafteten an ihrer Umgebung, aber sie sah eigentlich nichts. Erst allmählich, da sie immer in tiefem Nachdenken auf einen Punkt blickte, merkte sie es, daß dieser Punkt sich leicht bewegte.

Durch die Ritzen der Mauer zog ein leiser Luftzug — da flatterte das dunkle Gebilde hin und her. Und etwas Langes, Glänzendes hing daran. —

Beinahe mechanisch streckte Hilda die Hand aus. An einem vorstehenden Nagel hing lose ein Stückchen eines schwarzen Spitzenstoffes, darüber lag schimmernd und gleißend in dem vereinzelten Sonnenstrahl, welcher sich bis hierher stahl, ein Haar. Ein langes, rotgoldenes Frauenhaar. —

Also war da jemand gegangen, und zwar vor nicht allzulanger Zeit, denn das schwarze Gewebe war gar nicht so sehr staubig. Eine Frau — dieses Spitzenstück gehörte sicher zu einem Kopfschleier, und daran flatterte das Haar.

Da war sie wieder, die Gestalt der Unbekannten, der seltsamen Frau, welche Georg schattenhaft gesehen; er schilderte sie ja so: schwarzes Spitzentuch über dem goldflimmernden Haar. Hier, hier war sie gegangen, vom Kloster — bis wohin?

Hilda lief mehr, als sie ging. Das war vielbedeutend, was sie da in Händen hielt, das war ihr vollkommen klar. Und da — am Ende des Ganges — schimmerte da nicht Licht durch einen Türspalt? War sie schon am Ziel?

Ja, dort war eine Pforte. Und hier die eingerostete Klinke! Fest drückten ihre Hände das alte Eisen nieder.

Einen Augenblick später stand Hilda Wentheim in einem dichten Gebüsch mitten im Park des Schlosses Freydeck. Sie erkannte die Umgebung sofort.

Dort ragten die uralten Ulmenbäume, da links die hohen Tannen, welche fast schwarz sich abhoben von dem klaren Herbsthimmel.

Und da, da wand sich ein ganz schmaler Pfad durch das Dickicht.

Das junge Mädchen ging vorwärts, ganz befangen in ihren Gedanken. Sie grübelte und sann angestrengt nach. —

Ihr Verstand war ja noch vollkommen ungeübt in der Erforschung derartiger Dinge.

Aber das mußte doch eine Bedeutung haben: dieses Stückchen Stoff, und hier wieder das gleiche, lange Haar, wie jenes, das Julie zwischen ihren Fingern gehalten!

War das nicht schon fast ein Beweis? Und dann — der Gang!

Die fremde Frau war vom Kloster, von der Kapelle aus, direkt in den Park gelangt; dort stand schon zwischen den rotbraunen Hecken die Bank, auf der sie damals mit Georg gesessen. Und ein ebensolches Haar war um Julies Finger geschlungen gewesen.

Mit einem eigentümlich schmerzlich-süßen Gefühl stand sie heute allein hier an dieser Stelle.

War es am Ende doch ein Unrecht gewesen, daß sie damals Georg hier heimlich gesehen hatte? War nicht all das Unglück nur aus dieser einen kurzen Begegnung entstanden?

Aber war es deshalb ein Unrecht? Nein, vielmehr eine Verkettung von Zufällen, Irrtümern und Umständen, welche erst das Unglück herbeiführten?

Konnte eine solche echte, tiefe Liebe überhaupt jemals zum Unrecht werden?

In dem jungen Kopfe drängten sich die Fragen. Aber das Herz setzte immer wieder sein „Nein“ entgegen.

Wo Liebe war, da war auch ein Recht. Und jetzt erst wußte Hilda Wentheim es ganz und voll, wie sehr sie an dem Freund ihrer Kindheit hing, jetzt, wo er im Unglück war.

Durch die Stille klang ein Laut; Zweige knackten, dürre Blätter rauschten auf. Dann kam jemand mit weiten Sätzen durch die breite Allee gestürmt.

War das ein Mensch? Ein flüchtendes Tier?

Hilda bog sich weit vor. Und da sah sie eine schlanke, dunkle Gestalt, welche näher kam, laufend, als sei hinter ihr das Verhängnis.

„Onkel Hugo!“

Sie schrie unwillkürlich laut auf vor Entsetzen. Aber er hörte sie nicht.

Die hohe Gestalt weit vornüber geneigt, das sonst so glatt gescheitelte Haar wirr und zerzaust, mit tiefblassem Gesicht, aus dem die Augen dunkel glühten, so stürmte Hugo von Freydeck daher.

Die schmalen, feinen Hände fuhren unruhig durch die Luft, und der Mund sprach unausgesetzt wirre Worte, welche wohl kaum irgendeinen Zusammenhang hatten.

Jetzt, ganz plötzlich, stand er still und sah starr vor sich hin.

„Mein ist die Rache!‘ spricht der Herr!“ rief er mit gequälter Stimme. „Mein! Hört ihr es? Mein! Aber wo war der Herr, der Richter? Wo? Er hat nichts gesehen und nichts gehört, und hat seine Hand nicht ausgestreckt zur Rache! Muß da nicht ein anderer — ein anderer —“

Wieder griffen seine Hände wirr in die Luft; und dann begann er zu lachen, unheimlich grell. Erst leise, dann immer lauter und lauter, bis er jäh abbrach und wieder zu flüstern begann.

Hilda stand wie gelähmt. Eine furchtbare Angst kroch an sie heran. (Fortsetzung folgt.)

Die Kämpfe an der Piave.

Basel, 26. Sept. Schweizer Blättern zufolge unternehmen die Italiener neuerdings Versuche, den Übergang über die Piave zu erzwingen.

Lansing leugnet Absichten gegen Japan.

Amsterdam, 26. Sept. Aus Washington meldet Reuterbureau, Staatssekretär Lansing dementiere die Behauptung von einem Geheimvertrag der Vereinigten Staaten mit England, der sich gegen Japan richte.

Politische Folgen der Heirat des rumänischen Kronprinzen.

Bukarest, 26. Sept. In der Angelegenheit der Heirat des Kronprinzen Carol richtete Professor Gerota, Vertreter der Bukarester Landesuniversität im Senate, an die Regierung eine Anfrage, in der er das Verhalten des Kronprinzen als ein Ergebnis der verfehlten und mit den Interessen der Nation im Widerspruch stehenden Politik des königlichen Hofes, der sich mit unaufrichtigen und schmeichlerischen Anhängern umgeben habe, bezeichnete. Die Handlungsweise des Kronprinzen sei unleugbar sehr schwerwiegend, da er als aktiver Militär die Landesgrenze überschritten und sich in eine Stadt eines fremden Landes, die von den Mittelmächten verwaltet wird, begeben habe, mit denen Rumänien den Frieden noch nicht endgültig ratifiziert habe.

Mieterrecht und Wohnungsfürsorge.

Die Verordnungen des Bundesrats.

Am 1. Oktober treten die Montag vom Bundesrat beschlossenen wichtigen Verordnungen über die Änderung der Bestimmungen zum Schutz der Mieter und die Maßnahmen gegen Wohnungsmangel bereits in Kraft. Die neuen Bestimmungen bringen außerordentlich tiefe Eingriffe in das geltende Recht. Es hat sich dabei die Notwendigkeit ergeben, daß mancherlei zu ändern ist. Schritt für Schritt wurde dabei erwogen, daß es auch die Interessen der Vermieter zu wahren galt, denn eine einseitige Berücksichtigung der Mieter ist nicht möglich.

Dem Schutz der Mieter

soll die von jetzt ab geltende Möglichkeit dienen, bei jeder Kündigung das Mietseinigungsamt anzurufen. Bis jetzt bestanden in dieser Richtung Zweifel, die durch eine Entscheidung eines Berliner Landgerichts noch verstärkt werden. Nunmehr können die Einigungsämter auch dann eingreifen, wenn der Mietvertrag ohne Kündigung abläuft. Übrigens darf die Verlängerung eines Mietvertrages künftighin für nicht mehr als ein Jahr ausgesprochen werden. Das Einigungsamt kann auch in geeigneten Fällen dem Mieter das Recht zur Untervermietung auch gegen den Willen des Vermieters zusprechen, die Vergleiche sind nunmehr vollstreckbar, und Mitglieder des Amtes können aus denselben Gründen wie ein Richter wegen Befangenheit abgelehnt werden. Bei der Gebührenfreiheit bleibt es grundsätzlich, doch kann das Amt in besonders geeigneten Fällen die Erhebung von Gebühren anordnen. Noch eine Reihe weiterer Einzelheiten sollen bisher empfundene Mißhelligkeiten abstellen. Kinderreichtum darf nicht zu Schwierigkeiten für den Mieter führen. In einem Erlaß an die Regierungspräsidenten hat der preußische Staatskommissar für das Wohnungswesen darauf hingewiesen, daß die Verordnung zum Schutze der Mieter nicht in dem Sinne auszulegen ist, daß sie nur dem Mieter zugute kommt. Billiges Ermessen der Einigungsämter — nicht Willkür, ferner Prüfung der Mietsteigerung in erster Linie unter dem Gesichtspunkt des objektiven Wohnungswertes, aber auch der wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse hat zu erfolgen.

Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel

gilt die zweite Verordnung. Ohne die Zustimmung der von der Landeszentralbehörde ermächtigten Gemeindebehörde kann kein Gebäude oder kein Teil eines Gebäudes abgetragen werden. Räume, die bis zum 1. Oktober 1918 zu Wohnungszwecken bestimmt oder benutzt waren, dürfen nicht zu einem anderen Zwecke, insbesondere als Lager- oder Fabrikräume, vermietet werden. Die Gemeindebehörde darf selbst Wohnräume erfassen. Dazu kann sie Hausbesitzer und Vermieter verpflichten, das Leerstehen von Räumen zu melden. Als unbenutzt gelten nur Wohnräume, die tatsächlich leerstehen oder deren Inhalt auch an anderer Stelle aufbewahrt werden kann. Wohnungen von Leuten, die ins feindliche Ausland zogen, können unter allen Umständen erfaßt werden. Dem Hauswirt, der leere Wohnungen hat, kann die Gemeinde einen Mieter zuweisen, und das Einigungsamt ist berechtigt, falls die Parteien sich nicht einigen können, einen Mietvertrag festzusetzen.

Welt und Wissen.

— **Millionenstädte.** Eine in Italien herausgekommene Aufstellung besagt, daß es 18 Städte gibt, deren Bewohnerzahl eine Million übersteigt. Die beiden größten Städte der Welt haben, einschließlich der Vororte — deren Bevölkerung bei allen hier aufgeführten Städten mitgerechnet ist —, die siebente Million überschritten und stehen nach der Einwohnerzahl einander sehr nahe. Es sind London mit 7,42 und Newyork mit 7,3 Millionen. Es folgt Paris mit 4,15 Millionen, Berlin mit 3,75 Millionen steht an vierter Stelle; weiter folgen: Chicago mit 2,45, Petersburg mit 2,25, Tokio mit 2,1 und Wien mit 2 Millionen. Unter zwei Millionen liegt die Bevölkerungszahl der folgenden 10 Städte: Moskau 1,86, Philadelphia 1,69, Buenos Aires 1,58, Osaka 1,46, Kanton 1,25, Kalkutta 1,23, Konstantinopel 1,2, Rio de Janeiro 1,15, Budapest 1,1, Bombay 1. — Mit vollkommener Sicherheit können die Millionenstädte der Erde jedoch nicht angegeben werden. In der Liste vermißt man beispielsweise Peking. Nach einigen Angaben hat Peking eine Einwohnerzahl, die rund 600 000 beträgt, während andere sie auf über 1,5 Millionen schätzen; ähnlich unsicher sind die Angaben über einige andere Riesenstädte Chinas.

— **Fliegerkrankheiten.** Die Pariser Akademie hörte kürzlich Darlegungen des Professors Berthier über die bei Fliegern auftretenden besonderen Krankheitserscheinungen. Berthier erwähnte die bereits früher bei Fliegern beobachteten Gehörstörungen und Schwindelerscheinungen, die auf die Veränderungen des Luftdrucks im Laufe des Fluges zurückzuführen sind. Die gleichen Ursachen rufen die krankhaften Symptome beim Fliegerherzen hervor. Die wichtigste Erscheinung ist die übermäßige Ausdehnung der Gefäße, die von einer Vergrößerung der Leber begleitet ist. Diese Erscheinungen entstehen unter dem Einflusse einer nervösen Schwäche, und zwar ist die übermäßige Ausdehnung nicht von einer übergroßen Schnelligkeit des Pulses, sondern im Gegenteil von einer Verlangsamung begleitet. Nach Berthier ruft diese Erscheinung, wenn sie besonders schwere Formen annimmt, Herzschlag hervor, und der Herzschlag dürfte die Ursache verschiedener Todesfälle bei Fliegern sein, die bisher nicht geklärt werden konnten. Eine fortdauernde Beobachtung der Herztätigkeit ist daher bei den Fliegern notwendig, um derartige plötzliche Todesfälle zu verhüten.

Volks- und Kriegswirtschaft.

* **Mietsteigerungen.** Der preußische Staatskommissar für das Wohnungswesen Frhr. v. Coels gibt in einem Erlasse an den Ober- und die Regierungspräsidenten besonders wichtige Richtlinien und Erläuterungen zu der neuen Mieterschutzverordnung. Danach sollen die Entscheidungen der Mietseinigungsämter unter Würdigung der Schwierigkeit der Lage der Mieter wie auch der Vermieter einen gerechten Ausgleich der beiderseitigen Interessen herbeiführen. Die Entscheidungen der Einigungsämter bleiben wie bisher unanfechtbar. Bei der Prüfung der Mietzinssteigerungen wird in erster Linie der objektive Wert der Wohnung zugrunde zu legen sein. Dabei wird meist von den Friedensmieten in der Weise ausgegangen werden können, daß dem Vermieter für die Steigerung der Hypothekenzinsen, die erhöhten Anwendungen für die Instandhaltung des Grundstücks usw. ein hinreichender Aufschlag zugebilligt wird. Besonders wird darauf Rücksicht zu nehmen sein, daß nicht Familien wegen Kinderreichtums Wohnungsschwierigkeiten ausgesetzt werden. Andererseits kann es z. B. nicht als Aufgabe der Einigungsämter angesehen werden, die Befriedigung hoher Wohnungsansprüche zu erleichtern, die von Mietern vermöge ihrer Wohlhabenheit gestellt werden. Auf die Geschäftsungewandtheit der in Frage kommenden Kreise soll das Einigungsamt bei dem „unverzüglichen" Stellen des Antrages größtmögliche Rücksicht nehmen. Auf schnelle Entscheidungen sollen die Ämter ganz besonderen Wert legen.

* **Gegen die hohen Eisenbahn-Fahrpreise.** Der Bund Deutscher Verkehrsvereine hat auf seiner Weimarer Hauptversammlung einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß die heutigen hohen Schnellzugsfahrpreise nur als eine Kriegsmaßnahme betrachtet würden, deren baldige Beseitigung dringend geboten sei, weil sie eine schwere Belastung des Mittelstandes und eine große Schädigung der deutschen Volkswirtschaft bedeuten. Ferner wendet sich die Entschließung gegen die vorgeschlagene Rationierung des Verkehrs und drückt den Wunsch nach besserer Heizung und Beleuchtung der Züge aus.

Bekanntmachung.

Die nachstehend aufgeführten öffentlichen Sparkassen des Kreises Altena werden hierdurch auf Grund des Gesetzes vom 2. März 1918 (Ges. S. S. 17), betr. Abänderung des Ausführungsgesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuche vom 20. Sept. 1899, im Einvernehmen mit dem Herrn Landgerichtspräsidenten zu Hagen nach Maßgabe der Min. Verordnung vom 22. April 1918 (Min. Bl. für die Preußische innere Verwaltung 18. S. 102) unter dem Vorbehalte jederzeitigen Widerrufs zur Hinterlegung von Wertpapieren als geeignet bestimmt. Diese Bestimmung wird beschränkt auf die Hinterlegung von Kriegsanleihestücken (5%tigen Reichsschuldverschreibungen und 4½%tigen Reichsschatzanweisungen) der seit Herbst 1914 bis Ende des Krieges aufgelegten Anleihen des Deutschen Reiches.

1. Städtische Sparkasse zu Altena
2. „ „ „ Plettenberg
3. Amtssparkasse zu Nachrodt
4. „ „ Halver
5. „ „ Kierspe
6. Gemeindesparkasse zu Rönsahl
7. Sparkasse des Amtes Lüdenscheid
8. Gemeindesparkasse zu Meinerzhagen
9. Städtische Sparkasse zu Neuenrade
10. Amtssparkasse in Plettenberg
11. Gemeindesparkasse in Werdohl.

Altena, den 24. September 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Thomeé, Königlicher Landrat.

Amt Halver.

Kohlenkarten.

Ausgabe von Kohlenkarten an diejenigen Verbraucher, die bisher auf Kohlenkarten Brennstoffe bezogen haben, erfolgt in der Reihenfolge der Lebensmittelkarten-Nr. an die Empfangsberechtigten:

a) in der Gemeinde Halver, im Amtshause Zimmer Nr. 1

am Dienstag, den 1. Oktober ds. Js.

für die Inhaber der Lebensmittelkarten-Nr.

801—950 um 8 Uhr vormittags
951—1150 „ 9 „ „
1151—1450 „ 10 „ „
1451—1850 „ 11 „ „

am Mittwoch, den 2. Oktober ds. Js.

an die Inhaber der Lebensmittelkarten-Nr.

1—100 um 8 Uhr vormittags
101—200 „ 9 „ „
201—300 „ 10 „ „
301—400 „ 11 „ „
401—500 „ 1½ „ nachmittags
501—600 „ 2½ „ „
1851—2350 „ 3½ „ „
601—800 „ 4½ „ „

b) in der Gemeinde Schalksmühle im Gasthof Müller in Schalksmühle

am Dienstag, den 1. Oktober ds. Js.

für die Inhaber der Lebensmittel-Karten-Nr.

1—130 um 1½ Uhr nachmittags,
131—260 „ 2½ „ „
261—390 „ 3½ „ „
391—550 „ 4½ „ „

Die Abgabe erfolgt nur gegen Vorlage der Stammkarte an erwachsene Personen.

Für die Monate Oktober, November und Dezember gelten die Kohlenmarken Nr. 1—10 einschließlich.

Halver, den 26. September 1918.

Die Ortskohlenstelle.

Geschäftsverlegung.

Meinen geehrten Kunden mache ich hiermit bekannt, daß ich mein Pelzwaren-Geschäft

nach Frankfurterstr. 22

verlege und dieserhalb einige Tage **geschlossen halte.** Wiedereröffnung werde ich noch bekannt geben.

Ernst Hoffmann, Kürschnermeister.

Amt Kierspe.

Kartoffelversorgung.

Alle Vollversorgungsberechtigten und Teilversorger des Amtes Kierspe, die ihren Kartoffelbedarf für den kommenden Winter einkellern wollen, haben zwecks Beantragung einer Kartoffelkarte in den Vormittagsdienststunden im Amtshaus Zimmer 2 zu erscheinen und zwar:

1. die Inhaber der Lebensmittelkarten Nr. 1—305 am Dienstag, den 1. Oktober. 2. 401—600 am Mittwoch, den 2. Oktober 3. 601—870 am Donnerstag, den 3. Okt. 4. 1001—1360 am Freitag, den 4. Oktober. 5. 1401—1740 und die der Gemeinde Rönsahl am Samstag, den 5. Oktober.

Es sind vorzulegen: sämtliche im Besitz befindliche Brothülsen, Ausweise und Lebensmittelkarten, sowie eine Bescheinigung des Landwirts, von dem die Kartoffeln gewünscht werden, in der er sich verpflichtet, die auf die Familie entfallende Kartoffelmenge zu liefern. Ich bemerke, daß die Belieferung für alle Haushaltungsangehörigen nur von einem Landwirt erfolgen kann. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen: 3,08 Zentner Kartoffeln und eine noch festzusetzende Schwundmenge bis zu 0,42 Zentner.

Der Antragsteller muß unterrichtet sein, wieviel Personen der Haushalt zählt, Kost und Wohnungsgänger mit eingerechnet, wie groß die eigene Kartoffelanbaufläche ist in Ar und qm., wieviel Kartoffeln geerntet sind, oder wieviel sich voraussichtlich noch in der Erde befinden. Jeder Haushaltungsvorstand verpflichtet sich mit dem zu erhaltenden Kartoffelvorrat bis zum 15. Juli 1919 auszukommen. Ersatz für Mehrverbrauch, für Verlust durch Erfrieren oder Verfaulen wird nicht gewährt.

Die Landwirte, die ihre Ueberschußmenge nicht unmittelbar an die Versorgungsberechtigten zu liefern, versprochen haben, fordere ich auf, die zur Ablieferung bestimmten Mengen im Amtshaus Zimmer 2 anzumelden.

Kierspe, den 27. September 1918.

Der Amtmann: Hiltebrandt.

Amtssparkasse Halver i. W.

Zeichnungen auf die

neunte Kriegsanleihe

nehmen wir zu den Original-Bedingungen der Reichsbank entgegen von **Montag, den 23. September bis Mittwoch, den 23. Oktober 1918, mittags 1 Uhr**

im **Kassenraum,** Amtshaus, Zimmer 5,

in **Schalksmühle** bei unserer Annahmestelle (Verwalter: Herr Konsumverwalter Albert Kleinschmidt),

in **Deckinghausen,** bei Herrn Fabrikant Alfred Winkhaus und

in **Oberbrügge** bei unserer Annahmestelle (Verwalter: Herr Kaufmann Otto Steinbach),

in **allen Schulen** des Amtsbezirks.

Amt Halver.

Es wird darauf hingewiesen, daß das Einwerfen von Sand, Asche, Schlacken pp. in die Flußläufe verboten ist Uebertretungen werden streng geahndet.

Halver, den 25. September 1918.

Der Amtmann.

M. 4.—

und

1 Wickel Nähfaden

für

10 Kilo trockener

mindestens 60 cm. hoher

Brennesselstengel

Abnahmestellen: **in Halver Hauptlehrer Heesemann.**

Landwehrverein Kierspe.

Generalversammlung

Sonntag, den 6. 10. 1918 nachm. 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Rechnungsablage.
2. Neuwahl von 2 Kriegsbeschädigten in den Vorstandsbeirat.
3. Kriegsbeschädigtenfürsorge.
4. Ludendorffspende.
5. Verschiedenes.

Um zahlreiche Beteiligung bittet:

Der Vorstand.

Diese Generalversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen beschlußfähig.

Konsum-Verein

für Halver und Umgegend

e. G. m. b. H.

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß die **seitherigen Zuckermarken ab 1. Oktober ihre Gültigkeit verlieren.** Wer also noch Zuckermarken hat, tut gut, dieselben vor dem 1. Oktober zu verwenden.

Der Vorstand.

Suche für **sofort** mehrere

Dreher und Dreherinnen.

Theod. Eversberg,
Schalksmühle.

Katholische Gemeinde Halver.

Sonntag, den 29 September.
8 Uhr: Frühmesse m. Predigt.
10½ Uhr: Hochamt „ „
2½ Uhr: Andacht.

Evangel. Vereinshaus Halver.

Sonntag, den 29. September.
Nachm. 1½ Uhr: Sonntagsschule.
Nachm. 4 Uhr: Bibelstunde.
Dienstag abend 8¾ Uhr: Jungfr.-Verein Chorstunde.
Samstag abend 8¾ Uhr Allianz-Gebetstunde.

1. Wie entferne ich den beißenden Tabakgeschmack? zugleich Anleitung zum Beizen. 21.-30. Tausend. 2. Selbstherst. v. Zigarren, Zigaretten Kautabak ohne Hilfsmittel 12.-17. Tauf. 3. Verarbeiten d. Tabakpflz. zu

Pfeifentabak 51.-60. Tauf.

4. Verarbeiten v. Blättern u. Blüten zu gutem Tabakersatz. 1.-10. Tauf. Leichte Anleitungen, jede 90 Pfg.

Beize f. Tabak u. Ersatz.

(ähnl. Barinasgeschm.) leicht M. 1.90 mittel M. 2.50, stark M. 2.90. Jede Packung reicht für 5 Pfd. Tabak. Alle Preise zuzügl. 20% ab 1. 10. 18.

G. Weller, Rösrath (Rhld.)

Zur Herbstpflanzung
Tannenpflanzen, alle Größen billig. Preisliste auf Wunsch.
Carl Berfuß, Marienheide.

Ein Wagen

Weißkohl

eingetroffen.

Otto Ohler, Ohl Bez. Cöln.

Montag, 30. 9. Frisch.
Transp. Schweine all. Größen Preise 50, 70, 90, 100—350 M. Ank.

Sonntag Mittag bei
Carl Berfuß, Marienheide.
Fernsprecher: Amt Rönsahl 102